Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 42 (1962-1963)
Heft: 12

Artikel: Deutung der Regierung Kennedy
Autor: Röpke, Wilhelm
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161395

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Deutung der Regierung Kennedy

WILHELM RÖPKE

Es gibt keine amerikanische Regierung, die den Wunsch, sie recht zu deuten und ihre innersten Ziele und Kräfte zu verstehen, nicht sehr begreiflich machen würde. Dies aus dem doppelten Grunde, weil von ihr heute, solange nicht das auf die Dauer unerträgliche und unnatürliche Mißverhältnis zwischen dem Kraftpotential Europas, seiner außerordentlichen wirtschaftlich-finanziellen Weltbedeutung und seinem kulturellen Prestige einerseits und seiner politischen Weltrolle anderseits überwunden ist, das Schicksal der freien Welt abhängt, und weil die Deutung der amerikanischen Regierung aus verwickelten Gründen immer besondere Schwierigkeiten macht. Selten aber ist unser Drang, zu verstehen und zu deuten, berechtigter und stärker gewesen als im Falle der heutigen Regierung Kennedy.

Vieles an ihr scheint in der Tat rätselhaft, und wenn der französische Außenminister *Couve de Murville* vor kurzem im Hinblick auf den von Washington über die Vereinigten Nationen entfesselten Krieg gegen Katanga und seinen prowestlichen Präsidenten vor Journalisten davon sprach, daß «pour nous, en France, la position américaine demeure inexplicable», so hat er nur in einem in der Tat besonders krassen Falle unserem Gefühl der Verwirrung, Betroffenheit und Fassungslosigkeit Ausdruck gegeben. Was ist der Sinn einer Politik, die in der Befreiung Kubas plötzlich von Entschlußlosigkeit gelähmt wird und die kleine Invasionsarmee ihrem Schicksal überläßt; die am entscheidenden Berliner Kriegsschauplatz nur durch den Widerstand *de Gaulles* und *Adenauers*, der beiden greisen Staatsmänner Europas, von verhängnisvollen Konzessionen abgehalten worden zu sein scheint; die in diesem selben Berlin aus Mangel an politischer Entschlußkraft die von den Kommunisten erwartete Verhinderung des Baus der die Stadt zerreißenden Mauer versäumt hat; die immer wieder europäische Alliierte dem Werben um die Gunst kommunistenfreundlicher Regierungen der «Dritten Welt» opfert; die sich dabei keineswegs vor der Preisgabe des sonst hochgehaltenen Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes, sei es im Falle Katangas, sei es in demjenigen der Eingeborenen Neuguineas, scheut? Was ist von allen diesen Akten und vielen anderen zu halten, an denen wir herumrätseln, weil sie nicht recht mit dem als selbstverständlich vorausgesetzten Ziele, dem Kommunismus den Weg zur Welteroberung zu verlegen, zu vereinbaren sind?

Um es mit aller Deutlichkeit zu sagen: die Regierung Kennedy erscheint uns in so dringendem Maße erklärungsbedürftig, weil ihre teils mageren, teils überraschend negativen Ergebnisse in einem besonders krassen Mißverhält-

nis zu ihrem Selbstbewußtsein und zu ihrer Popularität stehen. Daß der amerikanische Präsident heute, wenn er sich zur Wiederwahl stellen würde, einer soliden Mehrheit gewiß wäre, dürfte nicht zweifelhaft sein, aber auch sein Ansehen in der übrigen Welt scheint, soweit es die Massen der eher ihrem Gefühl als ihrem begründeten Urteil Folgenden betrifft, unter der Kette der Mißerfolge nicht dauernd gelitten zu haben.

Daß von einer solchen Reihe der Enttäuschungen gesprochen werden muß, dürfte schwerlich zu widerlegen sein. Was zunächst die Innenpolitik anlangt, so ist vor allem der Mißerfolg der Wirtschaftspolitik so offensichtlich, daß mir kein ernstlicher Versuch bekannt ist, ihn zu bestreiten. Wie ich bei einer früheren Gelegenheit — in meinem Aufsatz «Die politische Ökonomie der Regierung Kennedy» (Neue Zürcher Zeitung, Nr. 4388 und 4398 vom 9. und 10. November 1962) — dargelegt habe, sind die beiden Hauptprobleme, vor die sich die amerikanische Regierung von Anfang an gestellt sah, bis heute ungelöst und ungemeistert geblieben. Weder ist nämlich von der amerikanischen Zahlungsbilanz bisher der Druck des Defizits und des Goldschwundes gewichen, noch kann, trotz hoffnungsvolleren Ansätzen der jüngsten Zeit, davon gesprochen werden, daß das Schiff der amerikanischen Volkswirtschaft das weite offene Fahrwasser der Vollbeschäftigung und Vollentfaltung der wirtschaftlichen Kräfte gewonnen hätte.

Um den Knoten zu durchhauen, hat sich Kennedy jetzt entschlossen, mit einer Politik der inneren Expansion nicht länger bis zur Normalisierung der Zahlungsbilanz zu warten, sondern die Volkswirtschaft durch eine Politik des massiven «deficit-spending» nach rohem postkeynesischen Rezept in Schwung zu versetzen. Aber es ist schwer, die Versicherung, daß eine solche Politik keine inflatorischen Folgen haben würde, noch mehr jedoch die noch kühnere, daß sie gerade durch die innere Wirtschaftsankurbelung das Zahlungsbilanzproblem, statt zu verschlimmern, lösen würde, nicht als eine kaum ernst gemeinte Parodie zu bezeichnen und es als eine unverdiente Kompromittierung der Homöopathie zu empfinden, wenn hier offensichtlich allen Ernstes versucht wird, eine passive Zahlungsbilanz mit einer verstärkten Dosis einer ihrer Ursachen zu heilen. Man müßte dieser Politik ein schlimmes Ende voraussagen, wenn nicht einige Aussicht bestünde, daß der Fortgang der europäischen Inflation Washington in die Hände arbeiten und so durch mehr Inflation in Europa statt durch weniger Inflation in den Vereinigten Staaten zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes der amerikanischen Zahlungsbilanz beigetragen würde. Da das aber nichts anderes heißt, als daß die amerikanische Wirtschaftspolitik Europa immer neue Schübe an Inflation vermittelt, hat man diesseits des Atlantischen Ozeans zusätzlichen Anlaß, die Regierung Kennedy ungünstig zu beurteilen, sofern man hinreichend unterrichtet ist, um diese verwickelten Zusammenhänge zu durchschauen.

Was aber die schließlich alles entscheidende Außenpolitik der Regierung

Kennedy anlangt, so würde es zu ihrer negativen Kennzeichnung kaum noch weiterer Erklärungen bedürfen, wenn nicht jüngst der amerikanische Präsident gegen den verwegenen Anschlag, den Moskau vom Boden Kubas aus gegen die Vereinigten Staaten durch Installierung von Nuklearraketen vorbereitete, einen Widerstand geleistet hätte, der den Gegenspieler zum Rückzug genötigt hat. Daraus wird zumeist der optimistische Schluß gezogen, daß nunmehr eine Wende vollzogen sei und eine neue Politik der Festigkeit und Zielsicherheit des Präsidenten ihren Anfang genommen habe. Es ist indessen sehr fraglich, ob das zutrifft.

Es ist allzu rasch vergessen worden, daß in diesem Falle Kennedy zu den letzten gehört hat, die die von Kuba drohende tödliche Gefahr, wenn nicht erkannt, so doch offen zugegeben haben, und daß er gleich einem *Walter Lippmann*, dessen außenpolitisch so oft verhängnisvolle Kommentare in der Regel einen Rückschluß auf die Meinungen des Weißen Hauses zulassen, noch bis zuletzt für die Warner nur Hohn und Tadel gehabt hat. Es wird außerdem übersehen, daß in diesem Falle der Präsident sich einem fast unwiderstehlich werdenden Druck der öffentlichen Meinung Amerikas, noch dazu unmittelbar vor sehr wichtigen Wahlen, gegenübersah und daß, als er sich endlich aufraffte, die Gefahr so angeschwollen war, daß er buchstäblich mit dem Rücken gegen die Wand die nackte Existenz seines Landes zu verteidigen hatte. Man sollte ferner bedenken, welch ungünstiges Licht es auf seine ganze bisherige Politik des Nachgebens gegenüber Moskau wirft, daß der kluge Rechner im Kreml es schließlich wagen zu können glaubte, Kennedy buchstäblich auf der Nase herumzutanzen und im Vertrauen auf seine Leichtgläubigkeit und seinen Mangel an politischem Willen seine Vernichtungswaffen wenige Kilometer vor dem Festlande der Vereinigten Staaten zu montieren. Man sollte auch nicht übersehen, daß, als Kennedy schließlich erkannte, daß es wirklich um Sein oder Nichtsein seines Landes ging, nach Jahren des Zögerns, Ausweichens und Beschönigens des Castro-Regimes die Gefahr immens geworden war und, wie aus dem offenbar vertrauenswürdigen Bericht der dem Weißen Hause nahestehenden Publizisten *Stewart Alsop* und *Charles Bartlett* (Saturday Evening Post vom 8. Dezember 1962) hervorgeht, keine Minute mehr zu verlieren war, während die Möglichkeit eines Weltbrandes in bedrohlichste Nähe gerückt war.

Als dann *Chruschtschew* vor der überraschenden Festigkeit Kennedys zurückwich, wurde es rasch klar, daß Washington nicht entschlossen war, den Sieg für eine ernsthafte Beseitigung der von Kuba ganz Amerika drohenden Gefahr auszunutzen, sondern das durch den Anfangserfolg errungene Selbstvertrauen eher gegen seine Verbündeten als gegen seinen Gegner hervorkehrte. Er ist darin so weit gegangen, Castro praktisch die für ihn und seine weitere Unterminierung Lateinamerikas unschätzbare Garantie der Sicherheit vor einer nordamerikanischen Invasion zu geben. Entgegen der offiziellen Drapierung, die der Abmontierung der amerikanischen Raketenbasen in

der Türkei und in Italien durch die amerikanische Regierung gegeben worden ist, erscheint es wahrscheinlich, daß es sich hier um einen Teil der weichen Politik gegenüber Moskau handelt, die Kennedy — entsprechend der Empfehlung eines Ratgebers wie Walter Lippmann — für die rechte Art, seinen Sieg in Kuba auszunutzen, zu halten scheint. Zu allem Überfluß wurde nicht unterlassen, der Welt — unter anderm durch die offiziöse Feder Walter Lippmanns — klarzumachen, daß Kuba ein Sonderfall gewesen sei, aus dem vor allem für den europäischen Frontabschnitt nicht geschlossen werden dürfe, daß Moskau auch hier im äußersten Falle mit letztem, das heißt nuklearem, Einsatz Washingtons zu rechnen habe. Wahrscheinlich wird der schroffe Widerstand de Gaulles gegen den Eintritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt und sein damit zusammenhängendes Festhalten an einer selbständigen Nuklearmacht Europas erst auf dem Hintergrunde dieser für Europa so beunruhigenden Klärung der amerikanischen Europapolitik verständlich, zu der der halbe Sieg in Kuba Veranlassung gegeben hat.

So stehen, scheint es, in Wahrheit auch nach Kuba die Dinge. Es will viel bedeuten, daß sogar eine Zeitung wie die «New York Times», die für die Gedankenwelt der Regierung Kennedy und für ihren Gesichtswinkel so typisch ist, in ihrem Leitartikel vom 16. Januar 1963 den Optimismus und das Erfolgsbewußtsein, die Kennedy in seiner «State of the Union»-Botschaft zu erkennen gegeben hatte, sehr deutlich als ungewöhnlich übertrieben bezeichnet und davon gesprochen hatte, daß an jedem der Hauptgefahrenpunkte der Weltpolitik eine Zeitbombe steckt, die jeden Augenblick explodieren kann, und es völlig zwecklos sei, das der amerikanischen Öffentlichkeit zu verbergen. So möchte man denn meinen, daß nach dem kubanischen Handel das beunruhigende Mißverhältnis zwischen dem Selbstbewußtsein des amerikanischen Präsidenten, das ihn offenbar auch gegen Kritik und Widerspruch ungewöhnlich empfindlich gemacht zu haben scheint, und seinen Erfolgen eher noch größer als geringer geworden ist.

Zwar wird ein gerechtes Urteil nicht ignorieren können, daß er in der Verbesserung und Vermehrung der amerikanischen Rüstung weit größere Entschlossenheit als sein Vorgänger bewiesen hat. Aber dem ist immerhin entgegenzuhalten, daß militärische Stärke eine sehr notwendige, jedoch keine ausreichende Bedingung für erfolgreichen Widerstand gegen den kommunistischen Weltimperialismus ist, der den Dritten Weltkrieg von heute auf *allen* Ebenen führt, und daß eine den politischen Willen gegenüber diesem Gegner lähmende Ideologie auch die Rüstung entwerten kann. Zudem kann die Bemerkung nicht unterdrückt werden, daß jede befriedigende Deutung der Regierung Kennedy ihre immer wieder hervortretende Neigung berücksichtigen muß, auf jedes Problem zunächst mit einer massiven Regierungsausgabe zu antworten und darin einen Ersatz für echte Entscheidungen zu sehen, eine Tendenz, der eine solche auf ausgesprochen sozialistischem Kurse liegende

Regierung um so leichter folgt, als ein Maximum an Staatsausgaben ohnehin ihrem wirtschaftspolitischen Ideal entspricht. Das ist im Falle der Rüstungsausgaben ebenso zu beachten wie auf dem Felde der Politik gegenüber den sogenannten Entwicklungsländern oder im Beispiel der amerikanischen Haltung gegenüber *Tito* und *Nasser*. Überall ist die Gefahr nicht leicht zu nehmen, daß man klare politische Entscheidungen durch Geld ablösen zu können meint.

Wenn also, alles in allem, die Innen- wie die Außenpolitik Washingtons, die bereits unter dem Präsidenten *Eisenhower* manche Rätsel aufgegeben hatte, unter seinem Nachfolger zu einer kaum unterbrochenen Kette von Enttäuschungen und Fehlschlägen geworden ist, die um so erstaunlicher erschienen sind, als er und seine Mitarbeiter zu Beginn selber dazu eingeladen hatten, eine Ära der Triumphe zu erwarten — wo ist der Schlüssel zu diesem erstaunlichen Tatbestand? Wo gibt es dafür eine Erklärung, die nicht an einzelnen fehlerhaften Entscheidungen und auch nicht an gelegentlichen oder dauernden Unzulänglichkeiten der beteiligten Personen, deren große geistige Qualitäten gewiß nicht zu bezweifeln sind, haften bleibt, sondern tiefer liegende Ursachen anzugeben weiß?

An solchen Erklärungsversuchen fehlt es gewiß nicht. Der bekannteste unter ihnen dürfte derjenige sein, den der amerikanische Publizist *William S. Schlamm* vor kurzem in seiner Schrift «Die jungen Herren der alten Erde» (Stuttgart 1962) angeboten hat. Mit einem Maß an Geist, Scharfsinn und Temperament, an das uns dieser Autor gewöhnt hat, verficht er die These, daß in der Politik der Regierung Kennedy ein neuer Machtstil bestimmend geworden sei, der dem vollendeten Pragmatismus einer neuen, in die allgemeine Wertauflösung hineingeborenen und in ihr aufgewachsenen Generation entspreche. So ergibt sich das dunkle Bild, daß dem Vordringen der Sozialreligion des Kommunismus, dessen Führer nach wie vor — entgegen allen westlichen Wunschträumen einer fortschreitenden Entideologisierung des Kommunismus — von ihrem pseudoreligiösen Glauben und dem daraus fließenden Sendungsbewußtsein erfüllt sind, als Vormacht der freien Welt ein Land gegenüberzustehen scheint, dessen Leiter politisch-geistig sozusagen nur von der Hand in den Mund leben, ohne feste Grundsätze und richtungweisende Ziele, bald dieses, bald jenes probierend, aber gelöst von den Werten und Normen, die das Patrimonium des Westens ausmachen. Müde Dekadenz, bestenfalls ein robustes Hinfristen, das sich an die jeweils nächste Aufgabe hält und den Weg mit dem Ziel verwechselt, schlimmstenfalls Zynismus und Nihilismus, das sind einige der Vorstellungen, die dabei in uns aufsteigen und uns beunruhigen.

Die These vom vollendeten Pragmatismus als dem Schlüssel zum Verständnis der Regierung Kennedy scheint manches für sich zu haben, und noch verführerischer ist die Art, in der sie von Schlamm präsentiert wird. Bei allem Exzentrischen, zu dem er neigt, habe ich keinen Zweifel, daß in seinem Buche vieles Richtige und Beherzigenswerte steht, und daß es im übrigen sehr an-

regend ist, wird jeder Leser bestätigen. Daß hier das Heraufkommen einer neuen Generation, die den ungeheuren Bruch der Kontinuität der Kulturüberlieferung des letzten halben Jahrhunderts verkörpert, hineinspielt, wird schwerlich zu leugnen sein, wie sich denn ja auch die «jungen Herren dieser alten Erde» über die Grenzen hinweg in manchem verbunden fühlen, und gewiß ist der ungewöhnliche Altersunterschied zwischen Kennedy und den meisten seiner Mitarbeiter auf der einen Seite und den betagten Staatsmännern auf der europäischen Seite nicht ohne Bedeutung. Es fehlt auch nicht an Zeugnissen dafür, daß Kennedy und seine Gruppe bewußt einen pragmatisch-realistischen Stil pflegen.

Und doch bin ich mit anderen — genannt sei hier vor allem *Thomas Molnar* mit seinem sehr lehrreichen und für die Deutung der Regierung Kennedy unentbehrlichen Buche «The Two Faces of American Foreign Policy» (Indianapolis-New York 1962) — der festen Überzeugung, daß man die Regierung Kennedy in einem anderen Lichte sehen muß. Man würde ihr, so meine ich, durchaus unrecht tun und sie falsch deuten, wenn man ihr einen Mangel an bestimmten tiefen Überzeugungen zuschreiben wollte. Will man ihre Politik und vor allem ihre Fehlschläge verstehen, so würde man sich gewiß in der Meinung irren, daß sie nicht wüßte, was sie wollte. Vielmehr steht hinter ihren Handlungen und Nichthandlungen durchaus eine Ideologie, und es ist diese, welche man begreifen muß, wenn man den Kennedysmus erklären will. Diese Ideologie aber wurzelt sehr stark in einem bestimmten ökonomisch-sozialen Weltbilde, und so darf sich denn der Nationalökonom autorisiert fühlen, dazu einiges zu sagen.

Von dieser Ideologie läßt sich sogar sagen, daß sie sich als solche bereits durch das Übermaß zu erkennen gibt, in dem ein tief in der amerikanischen Überlieferung wurzelnder sozialer Erlösungsglaube, eine Art von säkularisiertem Millenismus unter Verkennung oder Unterschätzung der entgegenstehenden Realitäten — auch der eigenen Interessen wie im Falle der von einem vagen Fortschrittsglauben gespeisten Begeisterung Washingtons für die EWG — als sichtbare oder geheime Sprungfeder wirkt. Nichts hindert dabei, Schlamm zuzugeben, daß dieser Utopismus — «we want a better world» ist das Losungswort, auch wenn dabei das Gegenteil erreicht wird — möglicherweise ein Vakuum ausfüllt, das durch die Auflösung des Glaubens an die überlieferten Kulturwerte entstanden ist. Auch das kann zugestanden werden, daß diese progressistische Ideologie insofern mit einem ungewöhnlichen Grade an Pragmatismus einhergeht, als unter der Flagge des «Realismus» über die ständigen Kollisionen zwischen Utopismus und Realität — zum Beispiel den Widerspruch zwischen einem ideologischen Anti-Antikommunismus und den fortgesetzten Schlägen, die der Kommunismus versetzt, oder denjenigen zwischen einem ideologischen Antikolonialismus und den bitteren Enttäuschungen, die die Führer der befreiten Nationen, von *Sukarno* bis *Ben Bella*, bereiten, oder den

anderen zwischen dem missionarischen Eifer, mit dem man die «europäische Integration» im Stile der EWG gefördert hat, und der harten Tatsache, daß Amerika damit eine Riesendiskriminierung gegen sich selber organisiert hat — geschmeidig hinweggeglitten werden kann. So lange wenigstens, bis schließlich, wie eben im Falle Kubas und wohl auch Berlins und der EWG, die Realität ihr ausschließliches Recht fordert und der «Realismus» des pragmatischen Fortfristens sich als trügerisch erweist. Der pragmatische Regierungsstil würde dann sozusagen die klaffenden Risse ausfüllen, die fortgesetzt zwischen einer notwendigerweise am Allgemeinen haftenden Ideologie und der harten Realität des Tages aufreißen.

Unleugbar aber — und das ist das Wichtige — gibt die Ideologie der praktischen Politik unbeschadet allem Pragmatismus die Richtung. Welcher Art ist diese Ideologie? Ohne Zweifel eine durchaus «linke», die auffallende Merkmale einer Richtung aufweist, die als Sozialismus (in einem traditionellen Sinne) bezeichnet werden kann, worüber man sich durch die dem üblichen Sinn stracks widersprechende Art nicht täuschen lassen darf, in der diese Ideologie in den Vereinigten Staaten als «liberal» ausgegeben wird. Das entspricht der bekannten Tatsache, daß mit der Regierung Kennedy der Typus eines sozialistischen Intellektuellen politisch einflußreich geworden ist, der zum mindesten in den sozialwissenschaftlichen Fächern der amerikanischen Universitäten zur Herrschaft gelangt ist. Die «République des professeurs», die jetzt entstanden ist, muß daher vor allem aus einer bestimmten Mentalität des amerikanischen Intellektuellen verstanden werden, wie sie an dieser Stelle (Januar 1963) sowie in seinen Schriften «The Decline of the Intellectual» (Cleveland 1961) und «The Two Faces of American Foreign Policy» von Thomas Molnar klar und illusionslos geschildert worden ist.

Wir haben es also im Falle der Regierung Kennedy mit einer Herrschaft des «Sinistrismo» zu tun, eines «Progressismus», wie ich ihn vor Jahren in meinem Buche «Maß und Mitte» zu erfassen gesucht habe. Nur schwer aber reißt sich ein dieser «progressistischen» Ideologie Verfallener von den Gefühlen der geistigen Affinität und Ahnengemeinschaft los, die ihn mit allem verbinden, was Sozialismus und Kommunismus heißt oder doch praktisch zum Inhalt hat, Gefühlen, wie ihnen in dieser Zeitschrift (Schweizer Monatshefte, September 1962) Herbert Lüthy in seinem Aufsatz «Gespräch mit dem Osten?» mit verdienstvoller Klarheit Ausdruck gegeben hat. Ebenso widerstrebend überwindet ein solcher Progressist den Abscheu vor allem, was am anderen Ende der politischen Skala beheimatet ist. In dieser höchst penetranten Ideologie ist die Regierung Kennedy nur noch mit der früheren Regierung *Roosevelt* zu vergleichen.

In diesem «Sinistrismo» der Regierung Kennedy liegt auch die Erklärung für etwas, was ebenso verhängnisvoll wie auf den ersten Blick unbegreiflich ist: für die Neigung des Progressisten nämlich, die beiden Varianten des Totalita-

rismus, den roten und den braunen, mit durchaus verschiedenem Maßstabe zu messen, ja sich sogar heftig dagegen zu sträuben, den im Totalitarismus, Imperialismus und skrupellosen Machiavellismus liegenden Generalnenner von Kommunismus und Nationalsozialismus hinter den offenbaren Verschiedenheiten der repräsentativen Personen und des ideologischen Inhalts zu erkennen. Während der Kommunismus, dank dieser Schwäche des Westens, von Triumph zu Triumph schreitet und sein Griff nach dem Rest der freien Welt immer brutaler und deutlicher — unbeschadet der maßlos überschätzten Spannungen zwischen seinem russischen und seinem chinesischen Schwerpunkt — hervortritt, wittert der «Progressist» im Deutschen noch immer leicht statt des Verbündeten, der ihm durch einen wahren Gnadenakt der Geschichte zugefallen ist, einen mit dem nationalsozialistischen Totalitarismus Befleckten, den man so schlecht wie nur irgend möglich behandelt.

Ob nun diese Germanophobie der Progressisten die bloße Folge ihrer ideologischen Farbenblindheit ist oder — wie Thomas Molnar in seinem Buche «The Two Faces of American Foreign Policy» darlegt — sozusagen zur chemischen Formel des «Sinistrismo» (paradoxerweise auch eines großen Teiles des deutschen) gehört, genug, daß sie unter und sogar innerhalb der Regierung Kennedy in den Vereinigten Staaten in höchst beunruhigender und geradezu selbstmörderischer Weise auffallend geworden ist. Der Riesenerfolg eines so törichten und minderwertigen Buches wie das von *William L. Shirer* «Rise and Fall of the Third Reich: A History of Nazi Germany» ist dafür ein besonders überzeugendes Symptom. Noch immer starren zu viele wie gebannt in das Loch, das die Explosion des braunen Totalitarismus gerissen hat, und sie sind blind gegen den roten, der sich jenseits dieses Loches um so ungehemmter entfaltet, bis von Zeit zu Zeit durch irgendeinen besonders herausfordernden Akt des neuen und allein übriggebliebenen kommunistischen Totalitarismus die Augen für kurze Zeit gewaltsam aufgerissen werden.

Wir müssen das alles bedenken, wenn wir den Kurs der Regierung Kennedy und ihren geistigen Untergrund verstehen wollen. Haben wir diesen Untergrund aber verstanden, so sind die Entscheidungen dieser Regierung sozusagen vorauszuberechnen. Es ist dann nicht überraschend, daß in den Augen einer solchen Regierung die Demütigung einer verbündeten Regierung wie der niederländischen und die Preisgabe des Selbstbestimmungsrechtes der Papuas leichter wiegen als die Beschwichtigung eines prokommunistischen Neokolonialisten und Imperialisten wie Sukarno. Man versteht dann, daß eine solche Regierung es für ihre Aufgabe hält, dieses selbe Selbstbestimmungsrecht und die Rücksicht auf Ordnung und Wohlstand preiszugeben, wenn es sich darum handelt, einen entschieden prowestlichen, antikommunistischen und hochintelligenten Afrikaner, der der freien Welt in *Tschombé* in den Schoß gefallen ist, entgegen dem dringenden Rat eines *Albert Schweitzer* zu Boden zu zwingen und gegen ihn Krieg zu führen.

Man möchte wetten, daß eine solche Regierung sich beeilt, einer prokommunistischen Revolution wie im Jemen durch Anerkennung der illegitimen gegen die fortkämpfende legitime Regierung entscheidende Hilfe zu gewähren. Man wundert sich nicht darüber, daß sie mit Diktatoren, die, wie Nasser, ihre Willkürherrschaft in den Dienst des Sozialismus stellen, auf gutem Fuß steht, während sie einer bürgerlichen Regierung wie der griechischen, deren Staatsbürger von jenem subventionierten Diktator ausgeplündert werden, schroff die Hilfe entzieht und während die Unterwühlung des Orients durch den Verhätschelten offensichtlich ist. Man ist aber ebensowenig überrascht, daß, wenn Generäle an die Spitze eines Landes wie Peru treten, um es vor Anarchie und Absturz in sozialistischen Dilettantismus zu retten und es gegen die Anschläge des die Vereinigten Staaten ungestraft verhöhnenden, herausfordernden und bedrohenden kubanischen Diktators zu schützen, die amerikanische Regierung buchstäblich keinen Augenblick zögert, die diplomatischen Beziehungen mit einer ideologisch so unbequemen Regierung abzubrechen. Es sind Handlungen solcher Art, in denen die ideologische Komponente durch allen Pragmatismus und «Realismus» mit aller Deutlichkeit und Gewalt durchbricht.

Der moderne Mensch und die Natur

HANS ZBINDEN

Ursprünglich kennt der Mensch nur zwei Arten der Beziehung zur Natur: die der Nutzung und die der Furcht. Es ist einesteils der Kampf um ihre Beherrschung, um sie seinem Schutz und seiner Ernährung dienstbar zu machen; andernteils Bangnis vor ihren rätselvollen, geheimnisreichen Kräften, den dämonischen oder göttlichen Gewalten, die bald helfend, bald drohend oder vernichtend in sein Dasein eingreifen. Zu jenem schafft er sich Werkzeug und Waffe, zu diesem die Magie der Zauberformeln und der mächtebannenden Nachbilder. Für ihn gibt es kein «Zurück zur Natur», denn er lebt im täglichen Ringen mit ihr, in einem unaufhörlichen, oft erbarmungslosen Kampfe, Aug in Auge, Brust an Brust.

Erst viel spätere, naturfern gewordene Zeiten, ermüdet von allzu künstlicher Lebensweise, kennen die Sehnsucht nach ungebrochener Natur, nach dem